

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 33/39
Telex: 06 86 846 ppbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 27

9. Februar 1982

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, schildert, warum die konservative Blockadepolitik an öffentlichem Interesse gewinnt: Die SPD läßt nicht locker. Seite 1

Manfred Dammeyer MdL fordert, daß auch Franz Josef Strauß die Bedingungen des föderativen Schulsystems akzeptiert: Bayerischer Schulimperialismus. Seite 3

Gert Weisskirchen MdB beklagt, daß CDU und CSU noch nie etwas von Chancengleichheit gehalten haben: Die Union verschreckt die Jugend. Seite 5

Egon Lutz MdB leugnet Meinungsunterschiede um die Gemeinschaftsinitiative nicht; aber: Das heißt noch lange nicht Streit. Seite 7

Joachim Poß MdB hält Rückschau auf die Ausländerdebatte: Defizite offenbart. Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Die SPD läßt nicht locker

Die konservative Blockadepolitik gewinnt an öffentlichem Interesse

Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

Daß das SPD-Präsidium zu Anfang dieser Woche in Hannover tagte, bedarf keiner langen Erläuterung. Es war eine politische Demonstration. Sie sollte zeigen, wie ernst die Sozialdemokraten die vier Landtagswahlen dieses Jahres nehmen, von denen die niedersächsische am 21. März die erste ist.

Die Partei hat den Vorsatz, diese Herausforderungen mit Kraft und Entschiedenheit zu bestreiten. Beispielhaft dafür haben Hans-Jürgen Wischniewski und Johannes Rau, Hans Jochen Vogel und Peter Glotz am Montagabend in allen Himmelsrichtungen Niedersachsens in den Wahlkampf eingegriffen, während Willy Brandt und Helmut Schmidt mit einem gemeinsamen Auftritt bei der zentralen Kundgebung mit Karl Ravens in der hannoverschen Stadthalle ein wichtiges Signal setzten. Es sollten auch von jenen beachtet werden, die gern daran glauben, daß sich auf einer vermeintlich wachsenden Distanz zwischen SPD und eigener Regierung ganze politische Kampagnen bauen ließen. Daraus wird nichts Rechtes werden!

Das Wahlziel der SPD bei der Niedersachsen-Wahl ist klar. Es geht am 21. März darum: Ernst Albrecht aus der absoluten Mehrheit zu stürzen und soweit wie möglich die Voraussetzungen zu schaffen, daß Sozialdemokraten die Politik in und für Niedersachsen wieder maßgeblich prägen können. Die Chancen für eine solche politische Trendwende in Hannover, die in andere Himmelsrichtungen ausstrahlen könnte, stehen gar nicht so schlecht. Sie ergeben sich insbesondere aus dem Verhältnis zwischen Bund und Land, das im Zeichen einer drohenden konservativen Blockadenpolitik im Bundesrat erheblich an politischer Spannung und öffentlichem Interesse gewinnen wird.

Verständlicher Umwelt
mit wertvollen Ratgeber
Recyclingpapier



Die SPD wird Ernst Albrecht (genauso wie dessen Kollegen Stoltenberg in Kiel oder Zeyer in Saarbrücken) Feuer unterm Hintern machen, wenn sie tatsächlich ihre Mitwirkungen an der Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität verweigern sollten. Niedersachsen ist das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Ein Regierungschef, der in einer solchen Situation die Hände in den Schoß legte, wiewohl ihm die Bundesregierung Handlungsspielraum verschafft und die Opposition im eigenen Land ein fertig geschneidertes Investitions- und Finanzprogramm dazu serviert, der gehört in die Wüste geschickt.

Albrecht stehen also heiße Wochen bevor. Er war es, der erst vor wenigen Tagen im Landtag von Niedersachsen ankündigte, seine Landesregierung werde einem beschäftigungspolitischen Programm der Bundesregierung keine Steine in den Weg legen. Wenn er heute anders spricht, so setzt er sich dem Verdacht aus, daß er dies unter dem Druck einer bundesweiten CDU/CSU-Verweigerungsstrategie tut, die von Franz Josef Strauß seit Sonthofen gepredigt wird. Den Kanzler-Aspiranten und Strauß-Herausforderer von einst würde dies mit einem Streich auf Größe und Format eines Mächtigers aus der Provinz reduzieren.

Die SPD hat vor allem drei gute Gründe, daß jetzt auch anderwärts die Stimmungskurve wieder nach oben gehen kann. Es sind

erstens: Der Kurs der Besonnenheit, den die Bundesregierung seit Anbruch der polnischen Tragödie eingehalten hat, der bei den Bürgern bis tief hinein ins christdemokratische Lager Unterstützung findet und mehr und mehr auch im westlichen Ausland verstanden wird;

zweitens: Die Handlungsfähigkeit, die die Bundesregierung auf sozialdemokratisches Drücken und Drängen auf dem beschäftigungspolitischen Gebiet bewiesen hat, was auch im Verhältnis zu den Gewerkschaften spürbar werden sollte, zumal bei christdemokratischer Verweigerungspolitik;

drittens: Das einmütige Vertrauensvotum der sozial-liberalen Koalition im Bundestag für Helmut Schmidt, von dem - wie Willy Brandt in Hannover sagte - starke Impulse für unsere Politik ausgehen müßten, indem es den von der CDU/CSU im In- und Ausland genährten Zweifeln an der Vertrauensbasis des Kanzlers jede Seriosität nimmt. Von welcher politischen Geistesarmut muß eine Opposition eigentlich sein, der nichts anderes einfällt, als 48 Stunden nach einem solchen Vertrauensbeweis wieder die alte "Die-Regierung-Schmidt/Censcher-ist-am-Ende"-Platte aufzulegen?

Die SPD solle von dem, was jetzt aufgebaut worden ist, selbst nichts zerreden und nichts vermiesen, hat Willy Brandt in Hannover gemahnt. Aber er hat auch an die FDP appelliert, nun nicht überempfindlich auf jede Gefühlsregung in der Sozialdemokratie zu reagieren. Und er hat sich schließlich dagegen verwahrt, jeden sicherheitspolitischen Beschluß und "Spiegelstrich" eines SPD-Regionalparteitages in den Rang einer völkerrechtlichen Note zu erheben. Darüber hinaus sollte schon lange vor dem Münchener Bundesparteitag Klarheit bestehen: Daß es den Sozialdemokraten im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Genf nicht um die Bestätigung irgendwelcher spitzer Urteile zu tun ist, sondern daß es der SPD wie der Bundesregierung um den Verhandlungserfolg geht, der darin bestehen sollte, daß auf sowjetischer Seite durch Rüstungsabbau die Voraussetzungen geschaffen werden, die hierzulande eine Nachrüstung mit amerikanischen Mittelstreckenwaffen überflüssig machen können. (-/9.2.1982/bgy/ca)



Bayerischer Schulimperialismus

Auch Franz Josef Strauß sollte die Bedingungen des föderativen Schulsystems akzeptieren

Von Dr. Manfred Dammeyer MdL

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB),
Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen

Das Land Bayern hat in der Kultusministerkonferenz seinen Widerstand gegen die gemeinsame Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse aufrechterhalten und erneut öffentlich zu erkennen gegeben, daß für die CSU Konfrontation an der Stelle der Verständigung steht. Schon unmittelbar nach der Sitzung mußte sich der niedersächsische CDU-Kultusminister Remmers öffentlich von Maier distanzieren.

Zwischen den Kultusministern ist bereits vieles unstrittig, aber nach dem Verlangen Bayerns sollen die Schüler in mehr Fächern als bisher nach ihrer Leistung differenziert aufgeteilt werden - in Naturwissenschaften und in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. Ginge es nach Bayern, könnten in der Gesamtschule die Schüler nur noch ohne Trennung gemeinsam singen, malen und turnen. Das aber würde die Gesamtschule pervertieren, Bayern verlangt auch von den Ländern, daß sie die Schüler, auch wenn sie sie bislang auf zwei Niveaus differenziert haben, in drei Gruppen teilen. Die Gesamtschule will und soll aber nicht die Schüler wieder voneinander trennen und schon gar nicht frühzeitig nach den Bedingungen des dreigliedrigen Schulsystems.

Es geht aber auch noch um die Abschlüsse nach der Klasse zehn (Hauptschulabschluß, Realschulabschluß, Fachoberschulreife, Abschluß der Sekundarstufe I) und den Übergang in die Klasse elf, also in die gymnasiale Oberstufe. Wer diesen Übergang in einem Land, etwa Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen macht und dann das Land wechselt, etwa weil seine Eltern nach Bayern umziehen, der ist nach Landesrecht bereits in die gymnasiale Oberstufe übergegangen und besucht auch im neuen Land die gymnasiale Oberstufe, wenn er das vor seinem Umzug auch tat.

Mit imperialisistischer Anmaßung will Bayern in die schulischen Verhältnisse der anderen Bundesländer damit eingreifen. Unter den Bedingungen des föderativen System der Bundesrepublik ist es aber am vernünftigsten, wenn die Entscheidung, die jedes Bundesland in eigener Verantwortung trifft, von jedem anderen Bundesland respektiert und anerkannt wird. Das ist ein Prinzip, auf dem Bayern bei sonstigen Gelegenheiten immer pocht.

Wer aus der Klasse zehn einer zweierdifferenzierten Gesamtschule etwa in Nordrhein-Westfalen oder Bremen in die Klasse elf eines bayerischen Gymnasiums will (es gibt in Bayern überhaupt nur eine Gesamtschule und in dem Gesetzentwurf der bayerischen Landesregierung für ein Schulgesetz kommt die Gesamtschule gar nicht erst vor), der soll nach dem Willen von Strauß und Maier wie ein Schüler behandelt werden, der aus einer bayerischen Realschule kommt. Der soll nur in die gymnasiale Oberstufe gehen können, wenn er die Durchschnittsnote 1,5 hat. Und das hat seinen politischen Stellenwert. Der Kultusminister in Bayern hat dort nämlich längst eine Hürde für



Realschüler aufgestellt, die dort von der CSU auch politisch gewollt ist. In anderen Bundesländern gehen bemerkenswerte Anteile aus der Realschule oder aus der Hauptschule in die gymnasiale Oberstufe über. In Nordrhein-Westfalen etwa kommt mehr als ein Viertel der Schüler der gymnasialen Oberstufe gar nicht aus dem Gymnasium, sondern aus der Realschule oder der Hauptschule. Jährlich sind das etwa 11.000 Schüler. Und sie haben nach den Erfahrungen mehrerer Jahre im fast gleichen Prozentsatz erfolgreich das Abitur abgelegt wie "grundständige" Gymnasiasten. So etwas will man schon lange nicht in Bayern. Die entsprechenden Zahlen lassen sich in Bayern nur in Promille messen. Dort läßt man pro Jahr nur etwa 600 Schüler aus der Realschule in die gymnasiale Oberstufe. Und das erreicht man durch die hochgesteckten Durchschnittsnoten oder besondere Auffangklassen mit Schulzeitverlängerung.

Die ständig beschworene Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems wird so konsequent blockiert. Noch vor kurzem hat das bayerische Kultusministerium durch seine leitenden Beamten die Schulaufsicht angewiesen, die Schüler nicht "begabungsgerecht" in die Realschule oder das Gymnasium zu lassen, sondern das "politisch gewollte" dreigliedrige Schulsystem aufrechtzuerhalten.

Da in Bayern allgemein die Schüler von der Realschule und dem Gymnasium ferngehalten werden und besonders auch Realschüler vom Zugang zum Abitur ferngehalten werden, ist es nur konsequent für Maier, die bayerischen Hürden in die anderen Länder hineinzutragen. Auch wenn davon nur die vermutlich geringe Zahl derer getroffen würde, die aus der Gesamtschule kommen und nach der Klasse zehn aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Bremen nach Bayern umziehen, so reicht die prinzipielle Blockade doch deutlich weiter.

Aber hinter den gegenwärtigen Stand der Gesamtschulentwicklung kann man nicht zurück. Und da würde es wirklich besser sein, gar keine Vereinbarung über diese Frage mit Bayern zu treffen als die Gesamtschulen nach Maiers Konzept zu bemontieren. Die funktionierenden Gesamtschulen in allen anderen Bundesländern sind wichtiger als die mangelhafte Durchlässigkeit bayerischer Schulen.

(-/9.2.1982/ks/ca)

+ + +



Die Union verschreckt die Jugend

Von Chancengleichheit in der Bildung haben CDU/CSU noch nie etwas gehört

Von Gert Weisskirchen MdB

Sozialdemokratischer Sprecher im Bundestagsausschuß Bildung und Wissenschaft

Die einzige Linie, die bei der Opposition auch im Bereich Bildungspolitik zu erkennen ist, sind ihre durchgängige konfuse und widersprüchlichen Äußerungen:

So haben in jüngster Zeit zum Beispiel die Herren Strauß, Kohl, Albrecht und Blüm ihrem Gedanken-Wirrwarr in dem Sinne Ausdruck verliehen, daß sie fordern: Die derzeitige verschlechternde Ausbildungssituation arbeits- und berufsausbildungssuchender Jugendlicher sei damit zu beheben, daß das Schüler-BafÖG gestrichen wird.

Wieder einmal wird deutlich: Die unionregierten Länder wollen einkommensstarken Familien vielerlei Steuervergünstigungen zukommen lassen, gleichzeitig aber die Ausbildungsförderung der Schüler aus Arbeiterfamilien kürzen. Davon würden überwiegend Jugendliche in der beruflichen Fachausbildung und gleichzeitig der Weg der weiterführenden Bildung wieder mit materiellen Hindernissen belastet.

Diese Politik würde eine nahezu vollständige Streichung der Schülerförderung an Allgemeinbildenden Schulen bedeuten, da 94 Prozent der bisher Geförderten und ihrer Familien keine Ausbildungsförderung mehr erhielten. Eine solche Maßnahme wäre mit der Zielsetzung gleicher Bildungschancen im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes des Grundgesetzes unvereinbar und hätte schwerwiegende bildungs-, sozial- und jugendpolitische Folgen. Und gerade diese Mittel sollen in die Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation und der Arbeitsmarktchancen Jugendlicher gesteckt werden. Ziemlich konfus.

Derartiges Gerede führt zu einem schweren Verlust an Glaubwürdigkeit, einerseits beschwören CDU/CSU in Grundsatzreden die Zukunftschancen der jungen Generation und andererseits schlagen sie gerade dort radikale Einschnitte vor, wo es um konkrete Förderung junger Menschen geht. Die Opposition diskriminiert sich damit selbst und ist ein Risiko für die Zukunftschancen Jugendlicher.

Das von der sozial-liberalen Koalition erarbeitete mehrjährige Programm zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation und der Arbeitsmarktchancen Jugendlicher in Höhe von 400 Millionen DM bis 1985 hingegen ist ein konkreter Ansatzpunkt, die Engpässe bessern zu helfen. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

- Aufstockung der Fördermittel für überbetriebliche Ausbildungsstätten.

Der bereits vorgesehene Ausbau überbetrieblicher Ausbildung wird damit beschleunigt.

- Aufstockung der Mittel für die Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen.

Damit wird den Jugendlichen geholfen, die nach Durchlaufen einer berufsvorbereitenden Maßnahme nicht in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt werden können.

- Aufstockung des Programms zur sozialen und beruflichen Eingliederung junger Ausländer.

Das hilft den Jugendlichen, die ohne vorgeschaltete Qualifizierungsmaßnahmen keine Vermittlungschance haben. Sie werden so für die Aufnahme einer Ausbildung oder Arbeit befähigt.



- Bildungshilfen zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher.
- Hierbei geht es um Vollzeit-Bildungsmaßnahmen mit einer Dauer von mindestens sechs Wochen bis höchstens einem Jahr. Träger sind sowohl Bildungseinrichtungen wie Betriebe. Das Arbeitsamt muß bestätigen, daß die Bildungsmaßnahme für die berufliche Eingliederung des Antragstellers förderlich ist.
- Ausbildungsbegleitende Hilfen für arbeitslose Jugendliche.

Viele arbeitslose Jugendliche kommen durchaus für eine Ausbildung in Betracht. Ihre allgemeine Bildungsdefizite vermindern jedoch ihre Ausbildungschancen.

Fazit:

Die Bereitstellung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes ist primär Aufgabe der Wirtschaft. Die Bundesregierung hat daher ihren Appell an die Wirtschaft zu erhöhten Ausbildungsanstrengungen wiederholt. Wichtig ist weiterhin, daß alle öffentlichen Arbeitgeber dem Beispiel des Bundes folgen und ihr Angebot an Ausbildungsplätzen aufstocken. Die schwierige wirtschaftliche Situation darf die Unternehmen nicht dazu verleiten, die in den letzten Jahren relativ große Ausbildungsbereitschaft zu vermindern.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal eindringlich an den Appell von Bundeskanzler Helmut Schmidt im Deutschen Bundestag am 5. Februar 1982 erinnern:

"Besonders eindringlich appelliere ich an die gewerbliche Wirtschaft, an die Mittel- und Kleinbetriebe, an den Einzelhandel und an das Handwerk, alle Anstrengung zu unternehmen, um neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Dies liegt auch in ihrem eigenen Interesse. Wenn die Bundesrepublik ihre wirtschaftliche Stellung in Zukunft halten oder verbessern will, dann muß in diesem Sommer mehr getan werden, um jungen Menschen eine fachliche Ausbildung zu ermöglichen. Man darf den Leistungswillen junger Menschen nicht enttäuschen!"

(-/9.2.1982/ks/ca)

+ + +



Die Meinungsunterschiede nicht leugnen

Das heißt noch lange nicht: Streit um die Gemeinschaftsinitiative

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

"Streit um das Beschäftigungsprogramm" stand am Montag "in dem, was sich Presse nennt", und das war ja auch wohl nicht so falsch. Schließlich war es der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher gewesen, der im Zweiten Deutschen Fernsehen eindringlich davor gewarnt hatte, das Beschäftigungsprogramm und die Koalition "zu zerreden". Zumindest dem liberalen Parteichef muß also nach Streit zumute gewesen sein, beziehungsweise es muß ihm taktisch klug vorgekommen sein, vor einem Streit der Koalitionäre zu warnen. Was war denn nun geschehen am Wochenende? Ein paar sozialdemokratische Spitzenpolitiker hatten auf SPD-Veranstaltungen einige Selbstverständlichkeiten gesagt. Darunter die (Bundesminister Haack), es bestünden begründete Zweifel, daß die beabsichtigten Mietrechtsänderungen zu vermehrten Anstrengungen im Wohnungsbau führen würden. Oder die (Peter Glotz), daß die Mietrechtsänderungen nicht aus sozialdemokratischem Holz geschnitzt seien.

Andere haben andere Wahrheiten von sich gegeben. So der FDP-Vorsitzende ganz entrüstet, als er sich im ZDF gegen die Feststellung verwahrte, es sei zu keiner Tendenzwende in unserer Innenpolitik gekommen. Um so weniger ist seine Warnung vor dem Zerreden zu verstehen. Wer ausspricht, was ist, hat damit noch lange nicht den Koalitionskompromiß in Frage gestellt. Der hat nur deutlich gemacht, daß der ein Kompromiß ist, der nicht in allen seinen Teilen sozialdemokratische Begeisterungstürme auslöst. Das gilt nicht nur fürs Mietrecht, sondern auch für die Eingriffe in die Finanzen der Rentenversicherung und für die Verschränkung zwischen Mehrwertsteuer-Erhöhung und beabsichtigten Reform der Lohn- und Einkommensteuer. Solche Interessen müssen sich offenbaren lassen, ohne daß man darüber in Streit gerät. Schließlich kann es ja für die FDP nicht so schrecklich sein, wenn man ihr attestiert, sich in einem nicht unansehnlichen Teil des Paketes durchgesetzt zu haben. Gerade der Graf, der ein deutliches Wort nicht scheut, müßte dafür Verständnis aufbringen. Eines geht nämlich nicht: Konservative Positionen durchsetzen und sie dann der bundesdeutschen Öffentlichkeit als sozial-liberal verkaufen wollen. Das merkt der halbwegs Aufgeklärte, und er ist verstimmt.

Für eine sachliche Auseinandersetzung mit den einzelnen Teilen des Programms muß Raum in der Koalition bleiben. Wer das zu unterbinden trachtet und in die Rolle



eines liberalen Trotzköpfchens flüchtet, wirkt ein wenig kindisch und sehr unaufrichtig. Daran kann auch dem FDP-Vorsitzenden nicht gelegen sein.

Zudem bleibt immer noch genug an Gemeinsamkeit, die gegenüber der Opposition in der Auseinandersetzung um das Beschäftigungsprogramm ins Spiel gebracht werden müßte. So ist es wohl Aufgabe Nummer eins, der Union ihre beabsichtigte Blockadepolitik im Bundesrat um die Chren zu hauen. Wer bei über zwei Millionen Arbeitslosen immer noch der Bundesregierung die Möglichkeit zum Handeln verweigern will, der hätte zumindest die Pflicht, klipp und klar mit einem Gegenangebot aufzuwarten, um nun seinerseits zur Behebung der Beschäftigungskrise beizutragen. "Nein" zu sagen ohne jegliche Alternative, das wird selbst der langmütigste deutsche Arbeitslose, der ja schließlich auch eine Stimme hat, der Opposition nicht durchgehen lassen.

Selbst der vollmundige Franz Josef Strauß wird wissen, daß er seine Position des strikten Nein nicht bis zu den bayerischen Landtagswahlen durchhalten kann. Gerade ein Flächenstaat mit seinen beträchtlichen strukturellen Niveauunterschieden, seinem hohen Stand an Arbeitslosigkeit ist auf Dauer mit Maulheldentum nicht zufriedenzustellen. Und da die Sozialdemokraten, wenn sie gut beraten sind, das strukturpolitische Versagen der Staatsregierung im Wahlkampf vorführen und die Politik des totalen Nein zu Lasten andauernder Arbeitslosigkeit demaskieren werden, wird auch der Strauß ins Schlingern geraten und nach- beziehungsweise umdenken müssen.

Nicht von ungefähr sind die Töne aus Niedersachsen sehr viel weniger schrill, schließt Albrecht einen Kompromiß bei der Verwirklichung der Beschäftigungsinitiative nicht aus. Er, der schon im März zur Wahl ansteht, kann es sich am allerwenigsten leisten, mit der Not seiner Mitbürger Schindluder zu treiben. Deshalb ist die Koalition gut beraten, wenn sie die Opposition so schnell wie möglich zu Entscheidungen zwingt.

Wenn die Koalition sagt, was ist; wenn sie ihren Kompromiß durchsetzt, ohne ihn zum Non-plus-ultra der Politik hochzuschminken; wenn sie also eine wichtige Initiative im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verteidigt - ein Schritt, dem noch weitere folgen müssen - dann kann sie sich jegliche Beschimpfungen der Presse ersparen. Die wäre nämlich ohnehin töricht, nicht weiterführend und ungerecht. (-/9.2.1982/ks/ca)

+ + +



Die Politiker sind herausgefordert

Die Ausländerdebatte des Bundestages offenbarte Defizite

Von Joachim Poß MdB

Der Verlauf der Ausländerdebatte verdeutlichte ein Defizit der Politik und der Politiker. Selbstkritisch sollten wir Politiker einräumen, daß wir bei diesem Thema, das wie kaum ein zweites die Gemüter unserer Mitbürger bewegt, die Abstinenz übertrieben haben.

Natürlich können wir den gesellschaftlichen Gruppen die konkrete Arbeit vor Ort nicht abnehmen, aber die ausländischen und deutschen Mitbürger sollten von uns erwarten dürfen, daß wir uns den vielschichtigen Problemen, die mit einem steigenden Ausländeranteil verbunden sind, bewußt und offensiv stellen. Dies setzt voraus, daß die Politiker mühselige Überzeugungsarbeit gegenüber Deutschen und Ausländern leisten. Wenn wir hier versagen, wird die negative Strömung in der Breite der Bevölkerung zu einem reißenden Strom werden. Das gilt in besonderer Weise für die Ballungsgebiete, in denen die Verdichtung der Ausländer neben vielen anderen Problemen eine fast explosionsartige Stimmung erzeugt.

Die Stimmungslage bei Deutschen und Ausländern ist zwar diffus, nicht von unbedingtem Fremdenhaß geprägt; die Dominanz des nationalen Egoismus ist jedoch nicht zu verkennen. Bisher haben sich die Konflikte im wesentlichen im Wohnbereich ergeben, inzwischen wird aber auch der Betrieb immer mehr zum Feld von versteckten und offenen Auseinandersetzungen. Der entscheidende Punkt ist, daß die Politik sich davor hüten muß, falsche Utopien beziehungsweise Illusionen zu erzeugen, zum Beispiel derart als wäre eine massenhafte Rückkehr von Türken kurz- oder mittelfristig möglich und geboten, wenn wir dies politisch wollten.

Die CDU/CSU, die machte die Debatte klar, befindet sich in der Gefahr, dieser Utopie nachzuhängen.

Sie sollten rechtzeitig umkehren, da ein weiteres Auseinanderklaffen zwischen Wunsch und Wirklichkeit unsere Gesellschaft erschüttern könnte. (-/9.2.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

